



Betroffene müssen sich öffentlich äußern



Johannes Heimrath sprach mit Susan Haffmans, wissenschaftliche Mitarbeiterin im »Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.« (PAN) in Hamburg, über die Herausforderung, der Agrochemie-Industrie entgegenzutreten.

Seit 30 Jahren setzt sich das Pestizid Aktions-Netzwerk weltweit für das Verbot von Ackergiften in der Landwirtschaft ein. Gab es auf diesem Gebiet in der letzten Zeit positive politische Entwicklungen?

Ja, die EU-Gesetzgebung hat sich tatsächlich bewegt: Eine Reihe besonders problematischer Substanzen darf in Europa nicht mehr zugelassen werden. In den Anfangsjahren war die Arbeit von PAN in Deutschland vor allem darauf fokussiert, den Export hierzulande verbotener Pestizide in andere Länder zu unterbinden und die dort massiven Pestizid-Vergiftungen zu stoppen. Hier war unser Netzwerk sehr erfolgreich. Doch es gibt nach wie vor viel zu tun. Aktuell konnte PAN den Begriff »hochgefährliche Pestizide« prägen und verbreiten, und es gelang, internationale Akteure gegen solche Pestizide zu aktivieren. So steht der Begriff nun in der Pestizid-Leitlinie des Supermarkts REWE. Und selbst der Rat der Food and Agriculture Organization (FAO) der Vereinten Nationen hat den Begriff 2006 angenommen und will nun dazu beitragen, dass hochgefährliche Pestizide schrittweise eliminiert werden.

Wie lässt sich herausfinden, welche Pestizide hochgefährlich sind? Am toxikologischen Profil eines Wirkstoffs lässt sich vieles ablesen: ob er akut giftig für

Menschen ist, fortpflanzungsschädigend, im Boden persistent - also schwer abbaubar - oder bienentoxisch. Es gibt Stoffe, die für Säuger hochgefährlich sind, aber kaum eine akute Wirkung zeigen, sondern erst im Lauf der Zeit Krankheiten verursachen.

Die Daten erarbeitet die EU im Rahmen der Wirkstoff-Genehmigungen. Sie sind öffentlich einsehbar. Eine Liste mit hochgefährlichen Pestiziden hat PAN unter der Adresse www.pan-germany.org publiziert.

Alle Welt kann sich also über die gefährlichen Wirkungen dieser Stoffe informieren. Weshalb ziehen die Behörden nicht die gleichen Schlüsse wie PAN daraus?

Wirkstoffe müssen zunächst von der EU genehmigt werden. Die Zulassungsverfahren für die Mittel, in denen die Stoffe verwendet werden, geschehen dann auf Länderebene. Zur Bewertung der Gesundheits- und Umweltrisiken eines Wirkstoffs werden nach bestimmten Prüfkriterien Labor- und Tierversuche unternommen. Wir halten diese Kriterien für lückenhaft. Es gibt zum Beispiel eine universitäre Forschung zur Bienentoxizität außerhalb der Zulassungsprozesse. Sie legt offen, dass die von der EU vorgeschriebenen Wirkstofftests Langzeitriskiken nicht ausreichend berücksichtigen, da nur die akute Giftigkeit geprüft wird. Die folgenreiche Schwächung des Immunsystems der Larven durch Fütterung mit pestizidbelasteten Pollen wird nicht berücksichtigt. Problematisch ist daneben, dass Stoffe in den Pestizidprodukten erst ab einer bestimmten Menge deklariert werden müssen und dass über Lösungs- und Bindemittel, die das toxikologische Profil eines Präparats beeinflussen, wenig bekannt ist.

Außerdem ist es sehr schwer, im Labor eine lebenslange, chronische Belastung abzubilden, wie sie durch den Pestizideintrag in die Umwelt stattfindet. Mensch und Natur sind damit Teil eines großen Selbstversuchs.

Manche Insektizide dürfen zum Beispiel nicht zusammen mit gewissen Fungiziden ausgebracht werden, weil sie dadurch hochgiftig werden. Was aber, wenn zwei Bauern die beiden Mittel unabhängig voneinander auf benachbarten Feldern ausbringen und dazwischen ein Gewässer oder ein Wohnhaus liegt? Hier gibt es keinerlei Schutz vor der Kombinationswirkung! Die Genehmigung eines Wirkstoffs erfolgt zudem ohne Begrenzung der später ausgebrachten Menge. Ein solches Mengenproblem erleben wir gerade bei Glyphosat, dem Totalherbizid in Mitteln wie »Roundup«, das in unglaublich großen Mengen in die Umwelt entlassen wird.

Gibt es Möglichkeiten, sich wirksam für andere Zulassungskriterien einzusetzen? PAN hat sich sehr für die Änderung der Zulassungs-Gesetzgebung auf europäischer Ebene engagiert. Auf Druck von PAN und anderen Organisationen wurden so im Jahr 2009 strenge Ausschlusskriterien formuliert. Wenn zum Beispiel nachgewiesen ist, dass ein Wirkstoff krebserregend, erbgutverändernd, fortpflanzungsschädigend, stark umweltgefährlich oder hormonell wirksam ist, bekommt er nun keine Zulassung mehr. Wann allerdings ein Wirkstoff als »hormonell wirksam« gilt, darum wird noch gerungen. Die Pestizidindustrie macht hier enormen Druck und versucht, den neuen Bewertungsansatz als »unwissenschaftlich« zu brandmarken. Dies zeigte

sich auch 2013 in einem offenen Brief von 18 Wissenschaftlern, die sich vehement gegen besagten »Gefahrenansatz bei hormonell wirksamen Wirkstoffen« wandten. Inzwischen wurde aber publik, dass nur bei einer der Unterzeichnerinnen kein Bezug zur Industrie nachgewiesen werden konnte.

Die Industrie arbeitet bereits an neuen Gift-Generationen, auch weil die »Schädlinge« immer resistenter werden. Da wird über Nanotechnik nachgedacht, mit der Pflanzenzellen umprogrammiert werden sollen. Die Folgen mag ich mir nicht ausmalen. Wie schafft ihr es, angesichts dieser industriellen Übermacht nicht zu verzweifeln? Wenn es nicht kleine Erfolge gäbe, müssten wir resignieren. Es gibt sie aber, zum Beispiel im Bereich der Gesetzgebung. Zudem hat PAN ein klares Fernziel: den Anbau ohne gefährliche Pestizide. Dass das möglich ist, wurde längst bewiesen.

Die externen Kosten der chemieintensiven Landwirtschaft werden an alle veräußert. Leider schlagen sich die verursachten Umwelt- und Gesundheitskosten weder in den Lebensmittelpreisen noch in den Pestizidpreisen nieder. Anwendungskontrollen und Rückstandsanalysen werden aus unseren Steuergeldern bezahlt, während die Pestizidhersteller große Gewinne einfahren. In Dänemark sind neuerdings die gefährlichsten Mittel die teuersten - ein richtiger Schritt. PAN fordert seit langem eine Pestizidsteuer.

Der konventionelle Landbau hat auf der einen Seite das Problem abnehmender Wirksamkeit, weil immer mehr Organismen resistent gegen die chemischen Mittel werden; auf der anderen Seite limitieren bestehende Grenzwerte den Einsatz der Mittel. Zwischen diesen Polen wird die Arbeit immer schwieriger. Heute werden sehr spezifische Mittel eingesetzt, nicht mehr eine große »Keule«. Statt hoher Rückstände eines Wirkstoffs gibt es nun viele kleine ...

Das ist das chemische »Grundrauschen« in der Natur, das sich ständig erhöht. Die Wechselwirkungen niedriger Dosierungen sind so komplex, dass es kaum möglich sein wird, dies im Detail zu untersuchen. Wie viele pestizidfreie Gewässer gibt es noch? Wie viele Grundwasserkörper enthalten noch keine Rückstände? Ich möchte mich nicht von der Aussage beruhigen lassen, all diese Belastungen seien so gering, dass sie unterhalb der Wirkschwelle lägen.

Im Studium haben wir noch gelernt, das Pflanzensamen-Potenzial im Boden sei eine nahezu stabile Größe, unabhängig von der Bewirtschaftung. Heute wissen wir, das war falsch. Der jahrzehntelange Einsatz von Herbiziden hat zu einem dramatischen Rückgang der Wildsamen in den Ackerböden geführt. Die Samen fehlen Nützlingen nun als Nahrungsquelle. Mit der derzeitigen Wirtschaftsweise nehmen wir zukünftigen Generationen die Möglichkeit, agrarökologisch zu wirtschaften und natürlichen Pflanzenschutz zu betreiben. Das ist eine gefährliche Entwicklung.

Wo engagierst du dich zur Zeit über den Bereich der Pestizide hinaus bei PAN?

Zur Zeit beschäftigen mich Rückstände von Tierarzneimitteln, wie etwa Antibiotika, die aus der konventionellen Tierhaltung in die Natur gelangen. Nur ein Wandel in der Art unserer Tierhaltung kann das Problem lösen. Antibiotika werden in der Intensivtierhaltung so massiv eingesetzt, dass sich Antibiotika-Resistenzen enorm ausbreiten. Infektionskrankheiten drohen, unbehandelbar zu werden. Gesunde Tiere brauchen weniger Arzneimittel. Damit die Tiere gesund gehalten werden, müssen dringend strengere gesetzliche Haltungs-Regelungen festgeschrieben werden. Das gemeinsam von Bioland, Naturland und Demeter 2014 eingeführte Kontrollverfahren für höchstes Tierwohl kann hier Vorbild sein.

Wie lässt sich deiner Meinung nach mehr öffentliche Aufmerksamkeit auf die Pestizid-Probleme richten?

Es ist wichtig, dass alle Organisationen und Betroffene in diesem Feld noch dichter kooperieren. Das befristete Verbot der hoch bienengefährlichen Neonikotinoide wurde zum Beispiel erreicht, indem Imker, Wissenschaftler und NGOs intensiv zusammenarbeiteten. Mit vereinten Kräften haben wir auch erreicht, dass bei der Zulassung von Wirkstoffen im Pflanzenschutz nicht mehr nur der Risikoansatz gilt, sondern der Gefahrenansatz eingeführt wurde. Früher sagte man: Wenn dieser giftige Stoff mit der richtigen Schutzkleidung angewendet wird, können wir das Risiko eingehen, ihn zu genehmigen. Heute heißt es: Wenn ein Stoff extrem gefährlich ist, z.B. krebserregend, fortpflanzungsschädigend oder stark umweltgefährlich, darf er gar nicht erst zugelassen werden. Jetzt ist es wichtig, sich dafür einzusetzen, dass diese gesetzlichen

Regelungen auch tatsächlich umgesetzt werden.

Und was kann die Zivilgesellschaft tun? Pestizid-Geschädigte - oder jene, die Schäden erkennen - müssen sich öffentlich äußern. PAN-Frankreich hat zum Beispiel Videos gedreht, in denen Landwirte, die durch Pestizide gesundheitliche Schäden davongetragen haben, von ihren Erfahrungen berichten. Die Landwirte brachen damit ein Bollwerk des Schweigens. Auch Imker haben vor der Kamera gesprochen und die im Todeskampf zuckenden vergifteten Bienen gezeigt. In Norditalien wird derzeit ein Bürgerbegehren zum Verbot bestimmter Pestizide im intensiven Obstbau gestartet, denn zwei Biobetriebe mussten dort wegen Abdrift aufgeben. Die Menschen in der Region wehren sich.

Letztes Jahr hat PAN eine große Aktion organisiert: Über 10 000 Einzelpersonen und 127 Organisationen haben den offenen Brief »Hochgefährliche Pestizide stoppen!« an Bayer, Syngenta und BASF unterschrieben, um die Vertreter der Konzerne zum Gespräch zu motivieren. Das war eine tolle Sache, weil wir zeigen konnten, dass dieses Thema der gesamten Breite der Zivilgesellschaft unter den Nägeln brennt: von Frauenorganisationen bis zum Ökolandbau, von entwicklungspolitischen Organisationen bis zu kritischen Medien.

Im Zug unserer Kampagne »Ackergifte? Nein danke!« (siehe Seiten 34/35), möchten wir die Menschen dazu ermutigen, Schädigungen durch Ackergifte zu melden. Auf der PAN-Website stellen wir dafür einen Meldebogen zur Verfügung, mit dem Betroffene von Pestizidabdrift ihren Fall schildern können. Das Sammeln solcher Fälle ist eine wichtige Grundlage, um politisch aktiv werden zu können.

Das werden wir! Hab vielen Dank für das informative Gespräch! ●

Susan Haffmans (45) ist Agraringenieurin und arbeitet im Team von PAN-Germany zu den Themen »Pestizide und Alternativen«, »biologische Vielfalt« und »Tierarzneimittel«.

Aktion für eine pestizidfreie Welt:

Pestizid-Abdrift melden: www.pan-germany.org

Neuigkeiten lesen: www.blog.pan-germany.org

»Das tägliche Gift - Risiko Pestizide« (ZDF-Doku von 2013, 45 Minuten): www.youtube.com/watch?v=enAuDNNmEkI